



Reaktion auf Datendiebstahl

"Cyber-Abwehrzentrum plus" geplant

Stand: 07.01.2019 11:35 Uhr

Das Bundesinnenministerium will nach dem Datendiebstahl ein "Cyber-Abwehrzentrum plus" aufbauen. Zudem soll ein zweites IT-Sicherheitsgesetz kommen. Grünen-Chef Habeck forderte in der *ARD* eine Cyberpolizei.

Nach dem massiven Hackerangriff auf Politiker und Prominente hat das Bundesinnenministerium Verbesserungen in der Abwehr solcher Attacken angekündigt. Das Cyber-Abwehrzentrum, das im konkreten Fall die Ermittlungen führe, werde verbessert. In den nächsten Monaten soll ein "Cyber-Abwehrzentrum plus" aufgebaut werden, sagte der parlamentarische Staatssekretär Stephan Mayer am Rande der Jahrestagung des Beamtenbundes dbb in Köln. Details nannte er nicht.

Das Cyber-Abwehrzentrum ist Teil der digitalen Sicherheitsstrategie der Regierung und soll die operative Zusammenarbeit der Behörden optimieren sowie Schutz- und Abwehrmaßnahmen koordinieren.



Video: Ermittlungen und persönliche Konsequenzen nach Datenskandal
tagesschau 14:00 Uhr, 07.01.2019, Kristin Becker, ARD Berlin

Mögliche Gesetzesverschärfung

Das Innenressort werde in den nächsten Monaten zudem einen Entwurf für ein zweites IT-Sicherheitsgesetz vorlegen, so Mayer weiter. Auch Bundesjustizministerin Katarina Barley und Digital-Staatssekretärin Dorothee Bär hatten sich am Wochenende offen für eine Gesetzesverschärfung gezeigt. Grünen-Chef Robert Habeck, der von dem Datendiebstahl auch persönlich betroffen war, forderte im *ARD-Morgenmagazin* eine Cyberpolizei. "Wenn jetzt nichts passiert, wird das eine Ermutigung für andere sein", so Habeck.

Video

Robert Habeck, Bundesvorsitzender Bündnis90/Die Grünen, zu Kohleausstieg und Datenmissbrauch



morgenmagazin, 07.01.2019 | video

Mayer betonte das Interesse Seehofers, "dass schnellstmöglich, zügig und lückenlos Licht ins Dunkel gebracht wird". Der Minister arbeite mit Hochdruck an der Aufklärung. Alle Informationen würden dem Innenausschuss für eine Sondersitzung am Donnerstag zur Verfügung gestellt. Mitte der Woche werde sich Seehofer nach einer umfassenden Sachverhaltsaufklärung" zu der Angelegenheit äußern.

Mehr zum Thema

Nach Datendiebstahl: Seehofer wehrt sich gegen Kritik
Nach Datendiebstahl: BSI nimmt Aussage zurück
Nach Datendiebstahl: Bund prüft strengere Vorgaben für Anbieter
Interview zu Cyberangriff: "Einschüchtern und verunsichern"

Kritik an Seehofer

Seehofer steht wegen seiner Informationspolitik in der Kritik: "Ich bin irritiert, vom zuständigen Bundesinnenminister, der sonst keine Gelegenheit auslässt, sich zu allem und jedem zu Wort zu melden, so gut wie nichts zu hören, wenn es um die Cybersicherheit in unserem Land geht", sagte etwa der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Burkhard Lischka. Ähnlich äußerte sich der FDP-Vizevorsitzende Wolfgang Kubicki.

Noch heute will Seehofer die Präsidenten des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und des Bundeskriminalamts (BKA), Arne Schönbohm und Holger Münch, anhören. Dabei gehe es um Fragen des Zeitablaufs beim aktuellen Datenklau und darum, wer hinter den Angriffen stecke.



Auch über einen Twitter-Account wurden wochenlang gestohlene Daten verbreitet. Er wurde am Freitag gesperrt.

Behörden wollen Ermittlungen abwarten

Zu Berichten über erste Ermittlungen wollte Mayer nichts sagen: "Es ist allemal besser, noch ein oder zwei Tage abzuwarten als vorschnell und übereilt irgendwelche Verlautbarungen zu machen." Regierungsnetze seien von dem jüngsten Diebstahl der Daten von Politikern und Prominenten offensichtlich nicht betroffen.

Die Ermittlungen in dem Fall laufen nach Angaben eines Sprechers der verantwortlichen Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt "mit Hochdruck". Demnach sind 994 Personen von dem Online-Angriff betroffen: vor allem Politiker, aber auch Prominente und Journalisten. Etwa 50 Fälle seien schwerwiegender, weil größere Datenpakete wie Privatdaten, Fotos und Korrespondenz veröffentlicht worden seien, hieß es.

Über dieses Thema berichtete NDR Info am 07. Januar 2019 um 07:45 Uhr.

Nach Cyberangriff: BKA durchsucht Wohnung in Heilbronn
Nach Datendiebstahl: Seehofer wehrt sich gegen Kritik, 06.01.2019
Konsequenzen nach Datenskanal, Kristin Becker, ARD Berlin | video



Dieser Artikel wurde ausgedruckt unter der Adresse:
www.tagesschau.de/inland/datendiebstahl-115.html